

Dresdner Volkszeitung

Verlagsamt: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1208.

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Schö. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Belegungen: 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Telefon 25 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Goldpf. für auswärtsige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 10 Goldpf.

Nr. 17

Dresden, Mittwoch den 21. Januar 1925

36. Jahrg.

Das Programm der Anechlichkeit

Breitscheid hat in einer großen Parlamentsrede gesagt, welche Tatkraft hinter Luthers wortreicher Rede stehe. Der deutschnationale Stolz hat endlich wieder in der Regierung zu wachen und die eitle Selbstgefälligkeit des Reichspräsidenten, der adelsstolz vor dem Reichspräsidenten den Grafentitel verlangte, kamen untern: Meiner zu Hilfe. Als er das neue Reichskabinett durch eine kritische Schilderung der darin vertretenen Persönlichkeiten „eine Strophe zur Errettung der Monarchie“ benannte, rief man ihm aus den Reihen der deutschnationalen Kräfte zu: „Gott sei Dank!“ Entsetzen auf der Ministerbank, wo man die schwarzweiße Kaiserkrone noch nicht zu zeigen mag. Verlegenheit auf dem Antlitz des Herrn Stresemann, der im Auslande mit seinen monarchistischen Regierungsbrüdern seinen Staat machen kann. Verlegenheit bei der Deutschen Volkspartei über die Offenbarkeit der langumwundenen Blockierheit. Aufschäumende Entrüstung im Zentrum, und ein brautender Beifallsturm der Sozialdemokraten, der minutenlang das deutschnationale Bekenntnis unterstrich, dieses frohe Wort irgendeines politischen Landstreichers: „Ja, diese Regierung ist eine Strophe zur Monarchie! Gott sei Dank, so ist es!“

Allgemeines und berechtigtes Aufsehen erregte während der Breitscheidschen Rede das Verhalten Dr. Wirths. Er, der später durch manche Zwischenbemerkung auch mit dem Grafen von Westpr. aneinander geriet, legt offenbar großen Wert darauf, vor dem Lande nicht als ein geheimer Bundesbruder der Monarchistenregierung zu erscheinen. Immer wieder geriet er in heftige Auseinandersetzungen mit den deutschnationalen. Wiederholt schlug er mit der Faust betrübend auf den Tisch, wenn er zur Rechten hinübergriff, daß es bei der alten Politik bleiben müsse. Warten wir ab, was der linke Flügel des Zentrums weiter tut. Die Führung der Opposition liegt jedenfalls in den Händen der Sozialdemokratie; hinter ihr steht das Militär- und der werktätigen Massen im Lande.

Die erste ministerielle Rede der deutschnationalen hielt der als völkischer Redestromer beliebte Graf v. Westpr. Noch am vergangenen Sonntag hat er in Schwobensleben gegen den Dawes-Schloßvertrag getobt. Heute muß er sich für seine Erfüllung einsehen. Jahrelang ist er von den völkischen Völklingen unjubilant worden, aus deren Schulung die Würde Rothens und Erbergers hervorgegangen sind. Heute muß er seine Reverenz der republikanischen Verfassung erweisen, die man vergeblich zu meucheln versucht. Für einen Mann von Charakter eine unmögliche Aufgabe, das zu beginnen, das nur zu leisten ist, wenn zu einer eisernen Stütze junkerliche Gewissenhaftigkeit hinzutritt. So hielt denn dieser Westpr. im Rahmen einer Rede eigentlich zwei grundverschiedene, unversöhnliche Reden, selbstverständlich aus derselben tiefen Überzeugung: eine zur Rettung der eben erst eingenommenen und schon bedrohten deutschnationalen Ministerstühle, und eine für die betrogenen Wähler im Lande, die verblüfft zu merken begannen, daß die deutschnationalen ihren kraftvollen germanischen Votantenworten einen großen moralischen Kater, aber keine nationalen Taten folgen lassen.

Mit Breitscheids schneidiger Angriffsschere die oppositionelle Führung an sich, so ist von der Erklärung, die der Zentrumrepublikaner Fehrenbach vorbrachte, zu sagen, daß sie in einem Lande mit parlamentarischer Tradition zu einem Todesstoß für die Regierung geworden wäre. Man erwäge: diese Regierung lebt nur von der Gnade des Zentrums. Dieses Zentrum hat sich — leider — zu einer die Dinge verwickelnden Billigungsformel herbeigelassen. Nun oder kommt der Zentrumsführer mit einer Erklärung, die auf eine vollständige Formel gebracht, kaum anders lautet als: „Wir trauen euch alles, nur nicht viel Gutes an. Nun nehmt euch in acht und variiert auf das Wort. Weicht ihr vom rechten Pfad der Mitte ab, so holt euch in derselben Stunde der Teufel!“ Die Erklärung wimmelte von Bedenken, von Vorbehalten, von ersten und vielfachen Sorgen, von Zeitstellungen der Unzulänglichkeit und der Unzufriedenheit und schloß mit der dieses Kabinett einschließlichen seines Zentrumministers Brauns geradezu entwürdigenden Bemerkung, daß das Zentrum sich auf nichts anderes einlasse, als diese Regierung die Arbeit beginnen zu lassen.

In einer Betrachtung über die große politische Ausdrucksweise im Reichstage schreibe das Berliner Tageblatt u. a. folgendes: „Es war selbst für den politischen Gegner ein verblüffendes Schauspiel, zu sehen, wie die deutschnationalen oben auf der Regierungsbank und unten im Sitzungssaal nicht mit der Stimme zuden, als ob ihre angeblich „unvergleichlichen“ Vorkämpfer einer nach dem andern aufgegeben wurden. Es ist kaum vier Wochen her, da hieß es noch in den deutschnationalen Wahlversammlungen Landau, Landau: Wenn ihr eine richtige, das heißt natürlich volle, Aufwertung haben wollt, wählt deutschnational. Selten nicht man beifällig auf der deutschnationalen Bank, als Dr. Luther andererte, daß die Aufwertung, wenn sie überhaupt kommt, sich in ganz ganz bescheidenen Grenzen halten wird. Nach vorgeraten hatte die deutschnationale Presse im Zusammenhang mit der Kölner Frage gegen den Vertragsbruch der andern geröhrt und eine Politik

schärfster Repressalien gefordert. Seitern stimmte man erleichtert Herrn Luther zu, als er ausbrach, was besonders von demokratischer Seite immer wieder verlangt worden ist: daß wir auf dem Wege von Verhandlungen unser Recht durchsetzen müßten. Und so ging es, Schritt um Schritt, weiter. Eben noch die wüste Sebe gegen die schwarzrotgoldenen Fäden, jetzt das Bekenntnis zur republikanischen Verfassung als rechtlicher Grundlage. Und das sollte: sowohl in der Kriegsschuldfrage wie in der Völkerbundfrage und in der Entwaffnungsfrage ist alles, was die seelen mit allen Mitteln gestirzte Regierung Marx getan hat, so gut und richtig, daß man es sorgsam behüten, ausbauen und fortsetzen will!“

Das sind die starken Männer von gestern, die unentwegten Retter Deutschlands. Fällt es Millionen ihrer Wähler nicht wie Schuppen von den Augen?!

Und das Ausland? Es haunt diesen Reichstag an und findet sich in all die Widersprüche und Eiertänze der bürgerlichen Parteien kaum noch hinein. Ledig bleibt nur ein: Mißtrauen. So schreibt der Völkische Tempel: Herr Luther habe den Vertretern der auswärtigen Presse erklärt, daß er besonders Gewicht auf die Aufnahme lege, die sein Kabinett in der öffentlichen Meinung des Auslandes finden werde. Doch der feierlichen Erklärung, daß er die Politik seines Vorgängers fortsetzen werde, und trotz der Mahnungen, die er sich in der Form auferlegt habe, könne das Ausland einem nationalistischen Kabinett in Deutschland nicht anders als mit dem schwersten Mißtrauen gegenüberstehen. Vertrauen könne nur ein wirklich demokratisches Deutschland einflößen.

Dieses Mißtrauen aber kann Herr Poincaré wieder in den Sattel heben!

Sozialdemokratie und Luther-Regierung

SPD, Berlin, 20. Januar.

Im Reichstag begann heute die große Aussprache über die Luthersche Regierungserklärung. Die Sitzung wird vom Präsidenten Löbe um 12:30 Uhr eröffnet. Das Wort erhält zur Vorgesprächung der Regierungserklärung

Dr. Breitscheid (Soz.):

Wir haben hier am Montag eine Regierungserklärung gehört, die sich in verschiedenen Beziehungen von den programmatischen Ausführungen unterscheidet, die im Laufe der Jahre von den aufeinanderfolgenden Reichskabinetten hier gemacht worden sind. Es war sozusagen eine Reise um unser gemeinsames Reich in 30 Minuten. (Beifall.) Es gibt nichts, worauf die neue Regierung nicht ihre Aufmerksamkeit zu lenken verspricht. Weniger wäre nicht leicht mehr gewesen, und wir hätten gewünscht, daß einzelne Punkte der Programmserklärung der neuen Regierung mehr vertieft worden wären, auch wenn darüber anderes zu kurz gekommen wäre. Es hängt wohl mit dem Charakter dieses Kabinetts zusammen, daß es sich genötigt glaubt, nach möglichst vielen Seiten eine mehr oder weniger tiefe Reverenz zu machen.

Diese Regierungserklärung ist aus einer Waffe gefornet, die elastisch nachgibt, wenn man einen Druck auf sie ausüben versucht.

Die Untersuchung gegen Höfle

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat dem früheren Postminister Dr. Höfle eingehend vernommen und auf seinen Wunsch auch eine Durchsuchung seiner Dahlemer Wohnung vollzogen. Daraus schloß sich, ebenfalls auf Wunsch Dr. Höfles, eine Durchsuchung seiner bisherigen Dienstwohnungen im Reichspostministerium. Dr. Höfle bestand darauf, um den in der Öffentlichkeit laut gesprochenen Gerüchten entgegenzutreten. Die Durchsuchungen dauerten mehrere Stunden. Die bisherigen Untersuchungen haben ergeben, daß die in Frage kommenden Archive unter eigener Verantwortung des Postministers Dr. Höfle ohne Wissen der zuständigen Dienststelle gegeben worden sind. Allerdings waren die Archive, die ungefähr 14 bis 15 Millionen betragen dürften, durch drei Kisten und ungefähr 40 industrielle Werkzeuge, weiter durch Effektendepots und Versicherungsgesellschaften gedeckt. Bei der ganzen Angelegenheit spielt auch die Verwendung bayerischer Postschlüssel eine große Rolle. Vor allen Dingen er strecken sich die Untersuchungen darauf, wofür im einzelnen die Archive für die besetzte Polz verwendet worden sind, die ungefähr 2 Goldmillionen betragen.

Eine Treuhandgesellschaft für den Darmatzonjern

Berlin, 20. Januar. In der Darmatzonjere fand jetzt im Schwurgerichtssaal des Berliner Landgerichtes II eine mehrstündige Konferenz der Gläubiger statt, die sich schließlich zu einer formellen Gläubigerversammlung gestaltete. Zweck der Aussprache waren Vorbereitungen zur Gründung der Treuhandgesellschaft. Das Reichspostministerium und auch andere Gläubiger waren vertreten, ebenso die verhafteten Brüder Darmatzonjere, deren Ehefrauen sowie der Untersuchungsrichter. Nachdem die Grundzüge eingehend besprochen worden waren, entwarf man einen notariellen Vertrag, der nur noch die Zustimmung der gesamten Gläubigergesellschaft finden muß. Die Brüder Darmatzonjere erklärten sich bereit, ihr gesamtes im In- und Ausland befindliches Vermögen, ihre Aktienpakete, Briefe und Grundstücke der Treuhandgesellschaft, die unter dem Vorbehalt des Justizrats Waldschmidt steht, zu übereignen. Es soll eine gleichmäßige anteilige Befriedigung sämtlicher Gläubiger

Es ist aber unmöglich, sie zu betrachten, losgelöst von ihrer Entstehungsgeschichte und losgelöst von den Personen, für die sie abgegeben wurde (Sehe wahr! bei den Soz.). Denn das fällt doch auf den ersten Blick auf, die Personen, die in diesem Kabinett ver einigt sind haben doch auch

ein persönliches und ein Parteiprogramm

neben diesem Regierungsprogramm, und dieses mit dem in Einklang zu bringen, was wir am Montag gehört haben, dürfte wahrhaftig nicht immer leicht fallen. Wir haben eine neue Regierung vor uns und man erwartet doch zu hören, was man sie gekommen ist, und man wünscht zu erfahren, worin sie sich denn von ihrer Vorgängerin unterscheidet. Wir wünschen doch die Kabinette nicht aus Freude am Wechsel, aus nicht, wie wir annehmen wollen, um einmal — um in Ihrem (nach rechts) Jargon zu reden — jemand anders an die Spitze bringen zu lassen. (Sehe gut! bei den Soz.) Wir wollen auf Grund der Erklärungen des neuen Reichskanzlers wahrhaftig nicht, warum denn das Kabinett Marx beseitigt werden mußte, und warum denn das Beseitigen des ehemaligen Reichskanzlers, eine neue Regierung zu bilden, Hindernisse von den Parteien in den Weg gelegt worden sind, die jetzt im Kabinett Luther ihre Vertretung gefunden haben und für deren Vertreter gelten doch eine Erklärung abgegeben wurde, die meiner Meinung nach auch Herr Marx hätte abgeben können. (Sehe richtig! bei den Soz.) Auch das Kabinett Marx hat sich vorgestellt und hat gebührend als ein Kabinett der mittleren Linie, und wenn Herr Dr. Luther die mittlere Linie weiter innehalten will, dann verheben wir es nicht, weshalb er es sich hat angeschlossen lassen, den Schwerpunkt ja deutlich erkennbar nach rechts hin zu verlegen. Wenn Herr Dr. Luther den wahren Charakter des Kabinetts durch seine Worte gekennzeichnet hat, dann, meine Herren, ist die Krisenperiode der letzten Monate erst recht

ein Zeichen am deutschen Volke

gesehen und dann verstehen wir nicht, wie sich Herr Dr. Luther zu diesem Spiel hat hingeben können. (Zustimmung bei den Soz., Zurufe bei der D. Sp.) Herr Dr. Stresemann ist jetzt der erste Gegenstand des Zusammenstoßens mit den deutschnationalen geworden. Er hat jetzt in denselben Atemzuge die Vorposten des Kabinetts Marx verteidigt und die Dingscheidung dieser auswärts empfohlen, die diese Politik des Kabinetts Marx vor der Öffentlichkeit rechtfertigt gemacht haben. (Sehe richtig! bei den Soz.) Einseitigen möchte ich trotz aller Erklärungen, die wir in der letzten Zeit mit den deutschnationalen gemacht haben, noch der Meinung Ausdruck geben, daß Sie an Ihrer grundsätzlichen Weisung stehen, was unter Marx gestanden ist, festhalten. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Nicht falsch, weil ich an Ihre eigene innere Entschlossenheit glaube — das Wort des andern Luther: „Hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ ist durch Herrn Dergt einigermaßen kompromittiert worden (Heiterkeit); aber am Ende hat die Partei des Herrn Dergt doch auch noch Rücksichten auf ihre Anhänger und Wähler im Lande zu üben, denen sie doch

die große Wendung aller Dinge

für den Fall ihres Eintritts in die Regierung in Aussicht gestellt hat.

Wünscht schließlich ja die Schaffung des Bürgerrechts an dem sehr anerkanntwertigen Widerstand der demokratischen Fraktion. (Sehe, Ruhe rechts! Aha! — Heiterkeit.) Wir erkennen das Verhalten der demokratischen Fraktion nicht als sozialistisch, wohl aber als demokratisch und republikanisch an. (Beifall bei den Soz.) Die Neuwahlen haben nicht das klare und eindeutige Resultat gebracht, das viele erhofft hatten. Aber immerhin sind sie

versucht werden und zu diesem Zweck ist beabsichtigt, gewisse Bezirke des Darmatzonjers abzugeben, die sich als unrentabel erwiesen haben, andre dagegen neu zu organisieren und weiterzuführen. Eine Konzern-Gesellschaft der Preussischen Hypothekensbank ist bereits für den Betrag von 2, 4 Millionen Reichsmark an die Deutsche Unionbank verkauft worden.

Noch eine Verleumdung

Die Reichspressen hat in letzter Zeit mit ihren Lügen und Heberdreibungen in den Finanzaffären wenig Mühe. So besaß die Börsenzeitung, dem amtlichen Preussischen Preßedienst waren Gelder zugeflossen, um die Verleumdung über den Darmatzonjere in die Hand zu bekommen. Hierzu erklärt der Amtliche Preussische Preßedienst, daß „zwischen ihm und den Gebrüdern Darmatzonjere oder irgendeinem der in die Darmatzonjere Verwickelten keine Beziehungen bestehen und daß die Behauptung der Berliner Börsenzeitung nichts anderes als eine Verleumdung ist“. Der Leiter des amtlichen Preussischen Preßedienstes hat bereits seine vorgelegte Weisung erteilt, sofort Staatsantrag gegen die Berliner Börsenzeitung wegen Verleumdung und übler Nachrede zu stellen. Diesem Ersuchen wird nachgegeben werden.

Provokation durch die Reichswehr

Braunshweig, 20. Januar. (Wig. Draht.) Die Reichswehr in Braunshweig ist, wie fast überall, alles andere, nur nicht republikanisch geinnt. Am Sonntag war Stahlfeldmummel aus Anlaß des Reichsgründungstages. In dem Umzuge, der übrigens trotz Teilnahme preussischer Ostgruppen nicht einmal 4000 Mann umfaßte, marschierte ein Reichswehresoldat in voller Uniform. Das genügte aber scheinbar noch nicht zur Provokation der republikanischen Bevölkerungsteile, denn auf dem Gebäude der Reichswehr war außerdem noch die schwarz-weiß-rote Kriegsflagge gehißt. Da keine Reichsbehörde an diesem Tage lagerte, war das Aufhängen der Fahne der Reichswehr eine offene Demonstration für den Stahlfeld. Erwähnenswert ist noch, daß auch hier ein kreisbarer Stahlfeldhelfer namens Raspe in seiner Rede empfahl, die Hand am Eisenschwert zu halten.